

Inklusion ist nicht nur ein Thema der Schule, sondern ein Thema der Gesellschaft

Marion Kaufmann legt in Ihrem Artikel „Hortbesuch mit Hindernissen“ in der MAZ vom 30. Mai und in ihrem Kommentar vom gleichen Tag den Finger zu Recht in eine nicht erst seit gestern klaffende Wunde brandenburgischer Bildungs- und Sozialpolitik. Mit unbestreitbarem Engagement für die Durchsetzung der Inklusion in der Schule ist Martina Münch Anfang 2011 in das Bildungsministerium gewechselt. Es geht dabei auch um die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die Deutschland unterzeichnet hat. Sie ist im Bildungswesen der deutschsprachigen Länder auch deshalb besonders schwer umzusetzen, weil man hier seit je her auf ein nach vermeintlichen Begabungen sortierendes Schulsystem gesetzt hat. Inklusion bedeutet, man muss sich von der Fiktion der Homogenität einer Schulklasse verabschieden.

Dass die Inklusion in der Schule nun mühsam genug voran gebracht werden soll ist zweifellos ein Fortschritt aber es ist nur ein Schritt auf dem Weg zu einer Gesellschaft, in der Menschen nicht auf Grund von besonderen Bedürfnissen von der Teilhabe ausgeschlossen werden. Dass diese Ausgrenzung schon im Nachmittagsbereich der Schule beginnt und ja nicht nur die Kinder trifft, sondern auch deren Eltern, die nur eingeschränkt in ihrem Beruf arbeiten können und noch dazu weithin die Kosten des Hortaufenthalts ihrer Kinder selbst tragen sollen, ist in der Tat absurd. Übersehen wird in der Diskussion weithin, dass die UN-Konvention sich nicht nur auf die Schule bezieht, sondern auf die gesamte Gesellschaft. Lediglich der Artikel 24 von insgesamt 50 Artikeln bezieht sich auf die Bildung. Die inklusive Schule weckt falsche Hoffnungen, wenn sie nicht in eine inklusive Gesellschaft eingebettet ist. Die Schule kann auch hier das Problem nicht für uns Erwachsene lösen. Dass die Ausgrenzung, wo sie in der Schule zurückgedrängt wird, schon wieder im Hort beginnt, zeigt wie dringend es ist, endlich gangbare Lösungen zu finden. Schließlich ist die UN-Konvention in Deutschland bereits am 26. März 2009 in Kraft getreten. Beispiele wie Inklusion ein Thema einer ganzen Kommune wird, findet man nicht nur in Finnland oder Norwegen, sondern z.B. auch in Österreich in Wiener Neudorf.

Henning Schluß ist Bildungswissenschaftler an der Universität Wien und lebt in Oranienburg und Wien